



Umweltminister Wenzel: EU-Kommission muss sich gegen Verlängerung der Zulassung von Glyphosat aussprechen

Der niedersächsische Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel hat die gestrige (Donnerstag) Bewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) bezüglich des Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat kritisiert. Wenzel bezeichnete es als "unverantwortlich", dass die Warnungen der Weltgesundheitsorganisation WHO hinsichtlich einer möglichen Krebsgefährdung offensichtlich von der EFSA ignoriert worden sind.

Zudem habe die EFSA auf Vorschlag des deutschen Bundesamtes für Risikobewertung (BfR), den Grenzwert für die tolerierbare Menge von Glyphosat bei der Nahrungsaufnahme von 0,3 mg/(kg und Tag) auf 0,5 mg erhöht. Dieses Vorgehen sei angesichts des Gefahrenpotentials von Glyphosat „in keiner Weise akzeptabel“. Minister Wenzel selbst hatte im Mai im Rahmen der öffentlichen Internetkonsultation der EFSA zu Glyphosat aus Vorsorgegründen eine Absenkung des Wertes auf 0,1 mg vorgeschlagen.

Der Umweltminister erinnerte an den Niedersächsischen Glyphosat-Workshop vor wenigen Wochen in Hannover, wo neben dem Krebsverdacht auch Hinweise auf fruchtschädigende Wirkungen und Auslösefaktoren für chronischen Botulismus durch Glyphosat bekannt wurden. Angesichts dieser Verdachtsmomente sei die „verharmlosende Position“ des BfR und der EFSA nicht nachvollziehbar.

Wenzel forderte die EU-Kommission auf, im Interesse von Mensch und Umwelt diesem Votum ihrer Fachbehörde nicht zu folgen und sich gegen eine Verlängerung der Zulassung von Glyphosat auszusprechen. Der Minister forderte zudem die Offenlegung der Stellungnahmen des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) und der EFSA.